

Unpolitische Jugend oder Politik ohne Jugend?

2. Dezember 2019, Göttingen

Das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung lud am 2. Dezember in die Georg-August-Universität nach Göttingen ein. Dabei stand die oft zitierte Kluft zwischen Jugend und Politik im Vordergrund. Es sollte diskutiert werden, ob die Jugend unpolitisch sei oder ob Parteien Jugendlichen kaum Chancen bieten würden und somit nicht attraktiv genug seien.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte **Alexander Bodenstab**, Referent im Landesbüro Niedersachsen, die Gäste und stellte die Referent_innen vor. Außerdem sagte er mit Blick auf Fridays For Future, Pulse of Europe und viele weitere Formen von politischem Engagement der Jugend, dass der Vorwurf einer unpolitischen Jugend widerlegt sei.

Dann übergab er das Wort an **Dr. Matthias Micus** für dessen Impulsvortrag. Dieser übernahm somit den Teil des niedersächsischen Kultusminister Grant-Hendrik Tonne, der kurzfristig verhindert war.



Alexander Bodenstab



Dr. Matthias Micus

Dr. Micus begann seinen Vortrag, indem er einige Ergebnisse aus der aktuellen Shell-Studie, die jährlich Einstellungen der 12- bis 25-Jährigen erhebt, präsentierte. Langfristig sei das Interesse zwar leicht rückläufig, in den vergangenen Jahren verfolgen Jugendliche aber Politik wieder deutlich aufmerksamer, was gegen eine unpolitische Jugend spreche. So hätten über 40 Prozent die Frage „Interessierst du dich für Politik?“ bejaht. Außerdem könne man sehen, dass Jugendliche tendenziell eher links wählen würden. Micus wies aber auch darauf hin, dass Jungwähler_innen für die AfD keineswegs eine Diaspora seien. Ein sehr erfreulicher Beschluss der Studie sei, dass Jugendliche heute zuversichtlicher in die Zukunft blicken würden. 2015 hätten 51 Prozent der Jugendlichen an eine gute Zukunft für die Welt geglaubt. Danach ging er zu seinem Hauptforschungsgebiet, den Parteien, über. Zuerst sei auffällig, dass es Parteien seit zwei Generationen nicht mehr gelinge, Jugendliche für sich zu gewinnen. In den Ergebnissen

der Shell-Studie würde nur Banken ein ähnlich geringes Vertrauen wie Parteien ausgesprochen. Es sei laut Micus auch wahrscheinlich, dass sich diese Situation eher noch verschlimmere. Schließlich würden Jugendliche durch ihre Eltern geprägt und die heutigen Jugendlichen würden ihre parteikritischen Einstellungen an ihre Kinder weitergeben. Ein möglicher Grund für diese Ablehnung von Parteien sei deren „Apparathaftigkeit“. Diese würde in Konflikt zu den idealistischen Grundsätzen vieler Jugendlicher stehen. Obwohl, wie eingangs erwähnt, nicht per se von einer unpolitischen Jugend zu sprechen sei, wären die Vorwürfe doch nicht gänzlich unbegründet. In der Vergangenheit bereits Engagierte würden sich heute mehr engagieren und auch auf der Straße zu demonstrieren. Unbeteiligte blieben jedoch ausgeschlossen und würden weiter abgehängt. Außerdem sei ein Engagement nicht immer gleich demokratiefördernd und pluralistisch. Das bezeichnete Micus als „Schattenseite der Zivilgesellschaft“ und führte als Beispiel Pegida an. In seinem Schlussplädoyer sagte er, dass Parteien nicht „hipper“ werden müssten. Stattdessen seien Grundsatzfragen, Sinnvermittlung und unterscheidbare Positionen essenziell.

Nach dem Impulsvortrag eröffnete der Moderator **Henrik Buschmann** die Podiumsdiskussion. Dafür bat er **Ralf-Uwe Beck**, Bundesvorsitzender von Mehr Demokratie e.V., und die Juso-Vorsitzende des Unterbezirks Göttingen, **Larissa Freudenberger**, auf das Podium. Freudenberger beschrieb, dass bei ihrem Weg in die Politik einzelne Themen entscheidend gewesen seien. So habe sie sich vor allem für bessere



v.l.n.r.: Freudenberger, Micus, Buschmann, Beck

Schulen und Bildung einsetzen wollen. Sie verstehe aber auch, wieso kaum Jugendliche in Parteien eintreten würden. Das Image von Parteien sei schlicht nicht gut. Zusätzlich gebe es viel zu wenig junge Menschen mit Vorbildfunktion für Jugendliche in Parteien. Kevin Kühnert sei eine positive Ausnahme. Es sei jedoch bezeichnend, dass er für jede Aussage von älteren Parteimitgliedern Kritik erhalte. Jugendliche in Parteien müssten aber antreiben. Sie hätte diese Unruhefunktion. Als Beispiel führte Freudenberger die „GroKo-Abstimmung“ der SPD an. Dabei hätten die Jusos maßgeblich dafür gesorgt, dass die Entscheidung für die Große Koalition so knapp ausgefallen sei.

Danach erläuterte Ralf-Uwe Beck, wieso er ein großer Verfechter der direkten Demokratie sei. Es gebe zwei Arten dieser direkten Demokratie. Diese seien das Initiativrecht und das Korrektivrecht, Dabei hätten die Bürger_innen das erste beziehungsweise das letzte Wort. Er wies außerdem auf die Verfassung hin, die besage, dass alle Gewalt vom Volke ausgehe. Beck wisse aber auch um die Wichtigkeit von parlamentarischer Demokratie. Deshalb machte er sich für eine sinnvolle Verzahnung zwischen direkter und parlamentarischer Demokratie stark. Er

lobte, dass es auf Landesebene Werkzeuge der direkten Demokratie gebe, die allerdings deutlich vereinfacht werden müssten. Zudem mahnt Beck an, dass viele Menschen über diese demokratischen Werkzeugen und die eigene Bürger_innenrechte zu wenig Bescheid wüssten. Auf Bundesebene würden diese Werkzeuge hingegen komplett fehlen. So sei Deutschland das einzige EU-Land, das nach dem Zweiten Weltkrieg keinen Volksentscheid durchgeführt habe. Gerade bei einem Thema wie Klimaschutz, bei dem die Jugend sich sehr engagiere, sei ein Volksentscheid eine sinnvolle Option. Schließlich dürfe es nicht weiterhin so sein, dass die, die am längsten mit den Konsequenzen leben müssten, am wenigsten Mitspracherecht hätten.

Micus entgegnete, dass er Volksentscheiden kritisch gegenüber stehe. Diese seien sehr stimmungsabhängig. Gleichzeitig sei Basisdemokratie nicht zwangsläufig besser, da die Basis leichter zu manipulieren sei. Das habe man beispielsweise in der von Tony Blair als Premierminister gesehen. Außerdem wären die Chancen von Rechtspopulist_innen bei Volksentscheiden gefährlich hoch. Das sei in der Vergangenheit häufig in Schweiz zu beobachten gewesen. Beck erklärte, dass er keine Volksentscheide nach Schweizer Vorbild plane. Durch lange Entscheidungsprozesse und unabhängige Prüfungen wolle er das Element der Stimmungsabhängigkeit entkräften und Schnellschüsse verhindern. So sagte er: „Bei intelligenter Gestaltung können Rechtspopulist_innen Volksentscheide nicht für sich nutzen. Durch eine Prüfung der Anträge durch das Verfassungsgericht können zudem Minderheiten geschützt werden“.

Larissa Freudenberger brachte die Diskussion abschließend auf das Thema Jugend zurück und betonte, dass man Demokratie und Kompromisse erlernen müsse. Dafür sei die Bildung in der Schule essenziell. Die anderen beiden Diskutanten stimmten zu und Micus ergänzte, dass dabei auch Parteien dabei helfen könnten.